

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) wie fragwürdig Ihre heutige Aktion erscheint.

Schließlich ist es ja auch nicht das erste Mal - wenn Sie nur auf pauschale Antworten Wert legen -, daß wir über Energiepolitik, Kohle, Strom, Umwelt und Energienutzung hier debattieren, mal substantiierter und mal weniger, wie in der letzten Aktuellen Stunde leider zu verzeichnen war.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aus dem Gesamtzusammenhang der letzten Plenarsitzung, wo wir auch die Arbeitsergebnisse der Mikat-Kommission breit erörtert haben, sagen, was die Ausführungen der Mikat-Kommission enthalten:

Hiernach kann als generelle Einschätzung dieser Experten festgehalten werden, daß ein relevanter Strompreisnachteil für Unternehmen in den Montanregionen,

(Frau Thoben (CDU): Zur Sache!)

die nach Musterpreisregelungen versorgt werden, jedenfalls im bundesdeutschen Vergleich nicht besteht.

Diese Aussage wird auch erhärtet durch die regelmäßigen Erhebungen des Bundeswirtschaftsministeriums über die Durchschnittserlöse der EVU im Sonderabnehmerbereich, wo ja Nordrhein-Westfalen im Flächenstaatenvergleich immer noch am niedrigsten liegt.

(B) (Frau Thoben (CDU): Also können Sie doch beantworten! Reden Sie doch zur Sache!)

- Nein, Sie fragen ja viel weiter, verehrte Frau Kollegin Thoben. Sie haben ja nicht nur Bundesvergleiche eingefordert, sondern Sie haben gesagt: mit jedem Mitgliedstaat der EG, und zwar für unterschiedliche Stromabnehmerpakete.

(Frau Thoben (CDU): Sind Ihnen die Brüsseler Statistiken nicht bekannt?)

Meine Damen und Herren, ich mahne also Verständnis dafür an, daß die Landesregierung im Interesse der Sache daran festhält, im Herbst eine umfassende und sachgerechte Bestandsaufnahme des von Ihnen angesprochenen Problemkreises vorzulegen. Daß wir die Industriestrompreisproblematik sehr ernst nehmen, können Sie aus den regelmäßig von uns vorgelegten Kartellberichten der Landesregierung in den letzten Jahren entnehmen, wo wir stets ein umfangreiches Kapitel auch mit Handlungsratschlägen an die Beteiligten aufgenommen haben.

Ich sage aber noch einmal: Es kann nicht **(C)** Sinn einer Großen Anfrage sein, dem Parlament und der weiteren Öffentlichkeit bloß zeigen zu wollen, daß man kluge Fragen stellen kann. Es gehört zur parlamentarischen Redlichkeit, die dafür angegebenen und akzeptierten Fristen zu beachten. Halten wir uns an ein Wort von Paul Valerie: "Fragen bezeugen die Weite eines Geistes, Antworten seine Feinheit."

(Beifall bei der SPD - Tschoeltsch (F.D.P.): Au, au, Herr Minister!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, meine Damen und Herren. Dann ist die Beratung geschlossen und der Tagesordnungspunkt für heute erledigt.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989 (Nachtragshaushaltsgesetz 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4010

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4102

Beschlußempfehlung und Bericht des
Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/4129
zweite Lesung

(D)

Neben den genannten Drucksachen haben Sie mit Drucksache 10/4155 einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und mit Drucksache 10/4173 einen Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. erhalten. Beide Änderungsanträge werden in die Beratung einbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Schauerte von der Fraktion der CDU das Wort. - Er ist nicht da. Meine Damen und Herren, dann beginnen wir mit der SPD, und da erteile ich Herrn Abg. Kniola das Wort.

Kniola (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich in dem, was ich hier zum Nachtragshaushalt zu sagen habe, auf den Bereich beschränken, der den Wissenschaftshaushalt betrifft.

Zunächst einmal will ich eine allgemeine Bemerkung zu den CDU-Anträgen machen. Es ist aus meiner Sicht verwunderlich, daß unter dem Gesichtspunkt eines auf Strukturverände-

(Kniola (SPD))

- (A) rung angelegten Bundesgesetzes ausgerechnet im Bereich Forschung und Technologie der Vorschlag der Landesregierung durch den Änderungsantrag der CDU in ganz erheblichem Maße gekürzt werden soll.

Ich halte das angesichts der Notwendigkeiten im Bereich von Wissenschaft und Forschung eigentlich für völlig verständlich. Ich würde auch sehr bitten, daß die Kolleginnen und Kollegen von der CDU über diesen Teil ihres Änderungsantrages, nämlich generelle Kürzung im Bereich Forschung und Technologie, noch einmal nachdenken.

Einen anderen Punkt will ich hier offen und ehrlich ansprechen. Das ist die Frage - wir haben das im Wissenschaftsausschuß ein bißchen salopp mit "Betonfassadensanierung" gekennzeichnet -, inwieweit in dem Entwurf der Landesregierung einiges an Maßnahmen enthalten war, was so aus unserer Sicht nicht Bestandteil eines entsprechenden Nachtragshaushaltes sein sollte. Wir haben aus eigenen Überlegungen heraus, aber auch im Gespräch mit den Kollegen der beiden anderen Fraktionen die gemeinsame Überzeugung gewonnen, daß wir im Nachtragshaushalt für den Einzelplan 06 Veränderungen vornehmen sollten, um auch gegenüber dem Bund deutlich zu machen, daß das Strukturhilfegesetz und unser Nachtragshaushalt in Erfüllung dieses Strukturhilfegesetzes nicht dazu genutzt werden, um Landesmittel zu ersetzen, sich notwendige Sanierungsmaßnahmen vom Bund finanzieren zu lassen.

(B)

Wir haben von daher eine Reihe von Vorhaben aus dem Entwurf der Landesregierung herausgestrichen und haben in dem Bereich der verbleibenden Maßnahmen - dieses langen Katalogs von Nummer 11 bis Nummer 58 - einige Akzente gesetzt.

Die Akzente darf ich noch einmal kurz wiederholen. Erstens haben wir gesagt - dies ist völlig unstrittig, wenn man auch das Bundesgesetz liest -: Wir müssen dort Maßnahmen aufnehmen, die dem Umweltschutz und - ich darf vielleicht hinzufügen - auch der Arbeitssicherheit dienen.

Es sind dann eine Reihe von Einzelmaßnahmen beschlossen worden. Sie finden sie bei den verschiedensten Universitätsstandorten wieder, wo es z. B. darum geht, daß die Unterbringung von gefährlichen Chemikalien richtig geregelt wird, daß Abwässer aus Hochschullaboratorien neutralisiert, geklärt werden, bevor sie in die allgemeine Kanalisation entlassen werden. Sie finden also eine Reihe von Maßnahmen, die dazu dienen, daß dem Umweltschutzgedanken als einem wesent-

lichen Zielgesichtspunkt des Bundesgesetzes Rechnung getragen wird.

(C)

Der zweite Punkt, den wir gesehen haben und den ich auch für sehr wichtig halte, ist der, daß wir eine Reihe von Maßnahmen im Hochschulbereich, die natürlich zum Teil auch bauliche Sanierungsveränderungsmaßnahmen sind, darauf ausgerichtet haben, daß das energiepolitische Ziel der Energieeinsparung berücksichtigt wird, was auf der einen Seite natürlich als Energieeinsparungsziel insgesamt strukturpolitisch bedeutsam ist, auf der anderen Seite - das will ich hier genauso deutlich sagen - aber dazu führt, daß unsere Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in einem wesentlichen, sie mit Kosten belastenden Bereich, nämlich Ausgaben für Heizung, für Klimatisierung, von entsprechenden Kosten entlastet werden. Ich halte dieses auch mit den Zielen des Bundesgesetzes für vereinbar.

Was ich als weiteren Punkt im Zusammenhang mit dem Energieeinsparen ansprechen will: Wir bemühen uns soweit als möglich auch dort Verknüpfungen zu Forschungsvorhaben herzustellen. Ich darf hier beispielhaft eine entsprechende Maßnahmen im Heizkraftwerk der Universität Dortmund nennen, wo wir gerade das strukturpolitische Ziel verfolgen, durch Veränderungen im Heizwerk dazu zu kommen, moderne Konzepte der Abwärmenutzung zu entwickeln, beispielhaft zu realisieren. Ich denke, das paßt geradezu ideal in die Ziele, die uns hier vorgegeben sind.

(D)

Wenn man sich kritisch mit diesen - ich darf das Stichwort noch einmal nennen - "Betonfassadensanierungen" beschäftigt, muß man sehen, daß dabei auch Maßnahmen enthalten sind, die über den Aspekt der Gebäudesanierung dazu führen, daß wir neuen, zusätzlichen Raum schaffen, um andere Aktivitäten am Hochschulstandort befriedigen zu können. Beispielhaft darf ich hier den Hüffer-Stift in Münster nehmen - ein Altbau, der saniert werden muß, damit er für neue, ganz andere Zwecke überhaupt nutzbar ist. Es geht also nicht darum, die notwendigen Reparaturmaßnahmen an Dach und Fach vorzunehmen - die wären sicherlich nicht in dem Gesetzesziel unterzubringen -, sondern darum, ein Gebäude technisch und baulich so umzurüsten, daß es für moderne, strukturelevante Hochschulzwecke genutzt werden kann.

Lassen Sie mich als letztes noch ansprechen, was wir als Konsequenz aus unserer Reduzierung bei diesen Bauunterhaltungsmaßnahmen gesagt haben: Wir wollen ganz zielgerichtet ein zusätzliches Institut in unseren Katalog aufnehmen. Wir wollen auch ganz bewußt

(Kniola (SPD))

- (A) dieses zusätzliche Institut nicht an einer Universität unterbringen, sondern als ein An-Institut an einer Fachhochschule gründen.

Es ist auch ein wichtiger Aspekt, daß wir die generelle Öffnungsmöglichkeit unserer Hochschulgesetze, daß An-Institute an Fachhochschulen möglich sind, hier im konkreten Einzelfall einmal nutzen. Ich denke, daß dafür die Märkische Fachhochschule mit Ihrem Schwerpunkt Korrosionsschutz ein wichtiger und richtiger Standort ist.

Lassen Sie mich insgesamt noch eine kleine Bemerkung machen: Sie merken, wenn man sich den Katalog genau anschaut, wenn man sieht, daß wir erneut in die Geräteinvestition in dem Bereich unter 150 000 DM bei Geräten im Einzelfall hineingehen müssen - wo wir schon 30 Millionen im Normalhaushalt veranschlagt haben - und hier noch einmal 30 Millionen DM draufsatteln, daß wir in der Schwierigkeit sind, die durch den Bundesgesetzgeber dadurch entstanden ist, daß er gesagt hat: Alle Maßnahmen, die eigentlich durch das Hochschulbaufinanzierungsgesetz förderungsfähig sind, sind nicht bezuschußbar aus dem Bereich des Strukturhilfegesetzes.

Wenn diese Sperre nicht vorhanden wäre, wären wir, wie ich denke, insgesamt noch zu anderen für die Hochschulen interessanteren Maßnahmen gekommen. Wir haben uns aber auf diese Gesetzesvorgabe einstellen müssen und haben uns darauf eingestellt. Ich meine,

- (B) daß mit unseren Änderungsanträgen dem Strukturgesichtspunkt, so wie er vorgegeben wurde, auch ausreichend Rechnung getragen worden ist.

Von daher bitte ich um Zustimmung zu dem veränderten Beschlußvorschlag für Einzelplan 06 und um Ablehnung der Änderungsanträge von F.D.P. und CDU.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Darf ich jetzt Herrn Abg. Schauerte fragen, ob er bereit ist zu reden?

(Schauerte (CDU): Er ist bereit!
- Frey (SPD): Nehmen Sie nicht soviel Papier mit!)

- Bitte sehr, ich erteile Ihnen das Wort.

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Nachtragshaushalt zum Haushaltsplan 1989 des Landes Nordrhein-Westfalen. Grundlage dieser Beratung ist

- ich kann es gar nicht oft genug wiederholen - der Tatbestand, daß die Bundesregierung 756 Millionen DM Strukturhilfemittel für das Land Nordrhein-Westfalen pro Jahr zur Verfügung stellen will. Das ist das größte Landesentwicklungsprogramm, das je eine Bundesregierung für das Land Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Frage ist, wie dieses Geld eingesetzt wird. Wir meinen - und wir halten damit an unserer bisherigen rechtzeitig mitgeteilten Linie fest -, daß es sich für das Land Nordrhein-Westfalen gebietet, eine Offensive für den Umweltschutz als großen Schwerpunkt für dieses Programm zu entwickeln, der gleichzeitig die Gewähr bietet, daß alle Regionen unseres Landes in den Genuß dieser Mittel kommen, so daß vermieden wird, daß es wieder zu Schwerpunktbildungen bekannter Ausprägung kommt, nach denen insbesondere sozialdemokratisch regierte Mehrheitsregionen den entscheidenden Vorteil haben.

Wir haben einen Änderungsantrag vorgelegt und Anträge in den Ausschußberatungen gestellt. Alle diese Anträge sind wieder einmal mit der absoluten SPD-Mehrheit abgelehnt worden, ohne daß sich für uns erkennbar überhaupt eine Diskussion gelohnt hätte. Gerade noch ist über den Umgang miteinander und über parlamentarischen Stil gesprochen worden. Wenn auf der Tagesordnung für eine Ausschußsitzung "Beratung" steht, im Grunde aber erkennbar ist, daß eine Beratung gar nicht mehr beabsichtigt ist, weil man seine Mehrheitsmeinung in Beton gegossen hat und kein Jota davon abzuweichen bereit ist, sollten wir, Herr Präsident, wirklich einmal überlegen, ob wir so etwas noch "Beratung" oder nicht besser "Sitzung" oder "Zusammenkunft" nennen sollten. Einen wirklichen Beratungsverlauf stelle ich mir und stellt sich, wie ich glaube, auch die Mehrheit der Bürger draußen im Lande anders vor.

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Henning (SPD): Aber Sie sind doch hergekommen und haben es sofort festgestellt! Wir beraten es doch noch!)

- Wir haben die Frage gestellt, ob Sie diskutieren wollen. Und darauf haben Sie besonders kluge Bemerkungen gemacht. Sie sind ja auch dafür bekannt.

(Henning (SPD): Bei Ihnen fällt einem einfach nichts anderes ein! - Heiterkeit bei der SPD)

Ich komme zu den Einzelplänen. Wir haben die Ansätze, die die Landesregierung für Einzel-

(Schauerte (CDU))

- (A) plan 08 vorsieht, zu streichen beantragt, nicht weil wir der Meinung sind, wir hätten in wirtschaftlichen Bereichen keinen Nachholbedarf oder solche Zwecke seien nicht anzupacken. Vielmehr wollen wir ganz bewußt das Defizit im Umweltbereich nach vorn stellen. Wir sind auch sicher, daß die Landespolitik, die die Probleme im Umweltbereich angeht, die letztlich auch Standortprobleme für Industrieansiedlung, Wohnqualität, für die Beliebtheit einer Region, für die man sich entscheidet, sind, den größten Erfolg haben wird. Es gilt, die Umweltdefizite beherzt und konsequent anzugehen und damit eine umweltnahe Wirtschaftsstrukturpolitik zur Steigerung der Attraktivität des Standorts Nordrhein-Westfalen zu betreiben.

Noch eine generelle Bemerkung! Wir beantragen, grundsätzlich die Anträge zu streichen, mit denen die SPD Minderausgaben zur Erwirtschaftung des Landesanteils vorsieht. Wir halten den Weg über Minderausgaben für absolut falsch. Denn davon werden in der Regel wieder einmal investive Ausgaben im weitesten Sinne betroffen.

(Trinius (SPD): Nein!)

Die Minderausgaben werden nicht bei den Personalausgaben erwirtschaftet. Sie werden sie bei den Sachausgaben ansetzen wollen. Herr Trinius, Sie haben diese Einschränkung gemacht; das will ich gern zur Kenntnis nehmen. Aber auch dieser Aufwand ist in weitestem Sinne investitions- und ausgabewirksam; jedenfalls ist er anders zu bewerten, als es Personalausgaben sind.

(B)

Deswegen halten wir diesen Weg für falsch. Wir schlagen eine eindeutige und nachvollziehbare Deckung für die etwa 24 Millionen DM, die es, wie ich glaube, komplett wären, aus dem Bereich der Aufwendungen für Zinsen vor. Wir können aufgrund der günstigen Steuereinnahmesituation ganz erheblich weniger neue Schulden machen. Wenn unsere Nettoneuverschuldung sinkt, können wir Aufwendungen für Zinsen sparen. Das, was wir bei den Zinsaufwendungen sparen werden, wird deutlich mehr sein als die 24 Millionen DM, die wir hier veranschlagen. Das ist also ein seriöser Deckungsvorschlag.

Was die Einzelpläne 03 - Innenminister -, 04 - Justizminister - und 05 - Kultusminister - anbetrifft, so beantragen wir die Streichung der globalen Minderausgaben. Ansonsten stimmen wir den Maßnahmen im Prinzip zu.

Interessant ist, daß der erste Debattenredner zu Einzelplan 06 des Ministers für Wissenschaft und Forschung gesprochen hat. Wir

wollen, daß für Wissenschaft und Forschung mehr ausgegeben wird, als die Landesregierung es in ihrem Nachtragshaushalt vorsieht.

(C)

(Kniola (SPD): Weniger steht in der Vorlage!)

- Nein, Sie müssen richtig rechnen. Wir wollen, daß tatsächlich etwa 10 Millionen DM mehr für Wissenschaft und Forschung ausgegeben werden, als der Nachtragshaushalt vorsieht. Wir wollen die vorgesehenen 29 Millionen DM für Dachreparaturen streichen. Das ist keine Ausgabe für Wissenschaft und Forschung, sondern, damit wir uns da richtig verstehen, eine Ausgabe, die aus dem normalen Landeshaushalt hätte vorgenommen werden müssen. Bei der Verabschiedung des Strukturhilfegesetzes in Bonn ist nicht daran gedacht worden, daß Fassadenerneuerung, Fenstereinbau und Dachreparatur aus Strukturmitteln des Bundes bedient werden sollen. Das ist ein peinliches Armutszeugnis für die Landespolitik; deswegen lehnen wir das ab.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Das heißt, die wirklich für die Wissenschaft und Forschung verfügbaren Mittel erhöhen wir um 10 Millionen DM.

Eine Bemerkung: Das Projekt "An-Institut an der Märkischen Fachhochschule" betreffend das Gebiet Korrosionsschutz, ausgestattet mit einer Million DM, begrüßt die CDU ausdrücklich. Entsprechend haben wir im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung und im Ausschuß für Haushalt und Finanzen votiert.

(D)

Ich komme jetzt zum Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Auch dazu sagen wir im Prinzip ja. Lediglich bei einer Ausgabe sind wir der Meinung, daß das so nicht in Ordnung ist. Es handelt sich um die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300 000 DM für Zuschüsse an die Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NW e.V., Oberhausen, für die Ausstattung mit Weiterbildungstechnik. Auch in der Vergangenheit haben wir zu diesem Institut unsere eigenen Vorstellungen deutlich formuliert.

(Zuruf von der CDU)

- Eben. Die Trägerschaft gefällt uns so nicht, und im Zweifel ist der Träger verpflichtet, mit eigenen Mitteln in eine solche Maßnahme einzusteigen und nicht nur und ausschließlich die Hand aufzuhalten, und zwar in Richtung öffentliche Hand.

(Schauerte (CDU))

- (A) Der entscheidende Punkt ist für uns der Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft. Da findet das statt, was wir politisch wollen.

Wir wollen, Herr Minister Matthiesen, daß in diesem Einzelplan der Betrag von 202 Millionen DM in den relevanten Bereichen um 375 Millionen DM auf 577 Millionen DM erhöht wird. Das ist ein unzweideutiges, ein ganz klares Bekenntnis zur Verstärkung der Anstrengungen im Umweltschutzbereich. Wir würden sehr gerne einmal aus Ihrem Hause hören, warum Sie eine solche Kraftanstrengung des Parlaments nicht auf Ihre Mühlen lenken, sondern sich immer noch bequem in den Sessel zurücklehnen.

(Wendzinski (SPD), am Rednerpult vorbeigehend: Wer gute Arbeit leistet, darf das!)

- Dann verstehe ich jetzt auch, warum Sie stehen müssen, Herr Wendzinski.

Wir wollen Titel 883 10 - Zuweisungen für Gefährdungsabschätzungen und Sanierungsuntersuchungen im Zusammenhang mit kommunalen Planungen für die Wiedernutzbarmachung von Altstandorten -, bisher mit 9,75 Millionen DM zusätzlich ausgestattet, um 40,25 Millionen DM auf 50 Millionen DM erhöhen.

- (B) Wir wollen die Zuweisungen an den Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband auf 55 Millionen DM ansetzen, denn wir denken, daß es nicht länger Sinn hat, über die Sanierung von Altlasten zu reden, aber nichts zu tun. - Dazu wird nachher mein Fraktionskollege Stump noch das Notwendige sagen. -

Die Mittel für die Gewässerunterhaltung wollen wir von 12,4 Millionen DM um 27,6 Millionen DM auf 40 Millionen DM aufstocken - ein Antrag, der Sinn macht, der erforderlich ist, wenn man sich den Zustand der Gewässer in Nordrhein-Westfalen ansieht.

Die Summe für Abwassermaßnahmen soll von 170 Millionen DM um 115 Millionen DM auf 285 Millionen DM gesteigert werden. Man kann nicht am laufenden Bande über Altlasten, Sanierungen und die Bedrohung des Grund- und Trinkwassers durch defekte Kanäle diskutieren, auf der anderen Seite aber nicht die entsprechenden Haushaltsmittel dafür zur Verfügung stellen. Wir tun das mit diesem Antrag und sind wirklich auf die Stellungnahme der Umweltpolitiker sehr gespannt.

Nun zur Dorferneuerung, die ja, wenn ich mir anschau, was Herr Minister Zöpel, der

hier sehr tüchtig ist, für die Städtebauförderung aufwendet, sträflich vernachlässigt wird. Was die Dorferneuerung betrifft, ist Herr Minister Matthiesen ausgesprochen schlafmützig. Für diese Dorferneuerung wollen wir einen neuen Ansatz von 60 Millionen DM aufgenommen sehen. Wir sind der Meinung, daß die Landesregierung - und dies wird sicherlich ein grundsätzlicher Konflikt werden, den wir miteinander auch öffentlich auszustehen haben - auf dem Auge der dörflichen Entwicklung absolut blind ist, allerdings ein Vergrößerungsglas vor Augen hat, wenn es um die Zurverfügungstellung von Geldmitteln für die Großstädte in unserem Lande geht. Wir wollen Gerechtigkeit auch für den ländlichen Raum und halten deswegen gerade diesen Ansatz für einen wichtigen politischen Ansatz.

Ferner wünschen wir, daß die Zuschüsse für Abfallverwertungs- und -beseitigungsanlagen kräftig erhöht werden. Herr Minister Matthiesen, auch auf diesem Gebiet haben wir große Defizite. Hier muß es vorangehen. Eingangs habe ich dargelegt, weshalb wir uns für die Offensive für den Umweltschutz entschieden haben - eine Entscheidung, die uns bei der Not, die in anderen wirtschaftlichen und haushaltsmäßigen Bereichen zu beklagen ist, nicht leichtgefallen ist. Aber hier ist wohl der größte Handlungsbedarf.

10 Millionen DM wollen wir für den sich auf die Zuweisungen an die Gemeinden für Naturschutz und Landschaftspflege beziehenden Titel haben - eine Sache, die Sie sicherlich auch gerne sehen würden. Ich verstehe nur nicht, warum Sie sie nicht durchsetzen, Herr Matthiesen.

Wir kommen dann zum Einzelplan 11.

Wir wollen die Zuweisungen in dem Bereich des Titels 331 00 um 10 Millionen DM erhöhen.

Wir wollen bei dem Ansatz für Um- und Ausbaumaßnahmen von Landstraßen einen Betrag bis zu 5 Millionen DM. Wir alle wissen aus den Sitzungen unserer Straßenbauamtskommission, welchen enormen Berg an Umbaumaßnahmen wir vor uns herschieben. Wir wollen die Summe für dieses Gebiet um 16,6 Millionen DM auf 33 Millionen DM erhöht sehen.

Wir wollen den Betrag für Maßnahmen des Landesstraßenbauplanes um 27 Millionen DM aufgestockt sehen - dafür gilt das gleiche, was ich eben gesagt habe. Wir gehen ja sehr großzügig mit sicherlich notwendigen Straßenbaumaßnahmen um, wenn ich an die Rheinquerung und ähnliche Dinge denke, bei denen wir über Größenordnungen von 5, 6, 7,

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) 800 Millionen DM - je nachdem, wie man es gerne hätte - reden, während bei dem Landesstraßenbauprogramm bisher ein Betrag von 5,5 Millionen DM, bei dieser Titelgruppe, ausgebracht ist. Das sind geradezu Beträge, die jeden Vernünftigen böse machen müssen. Wir wollen in diesem Bereich etwas tun, denn auch Ortsumgehungen sind ein konkreter Beitrag zur Umweltpolitik. Wir denken dabei nicht an sehr große Maßnahmen, sondern an die vielen planfertigen Ortsumgehungsmaßnahmen, die draußen im Lande warten und die seit Jahren wegen verweigertem Geldeinsatz nicht umgesetzt werden. Das muß sein.

(Wendzinski (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

- Doch! Ich kann Ihnen allein bei mir im Wahlkreis sechs Maßnahmen nennen, die im Prinzip fertig sind, wo es am Geld scheitert. Wir kommen so nicht weiter, wir bekommen sie nicht in die Dringlichkeit hinein, da muß etwas geschehen, Herr Wendzinski, nicht nur in Dortmund, sondern auch in Kirchhundem.
- Damit wir uns da richtig verstehen!

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abg. Wendzinski und Henning (SPD))

Dann habe ich gesagt, daß wir die globalen Minderausgaben nicht wollen, auch nicht beim Verkehrsminister.

- (B) Bei den Maßnahmen zur Stadterneuerung streichen wir einen Ansatz von 74 Millionen DM, und da wird uns von den Sozialdemokraten gesagt, damit würden wir gegen die gemeinsame Entschließung verstoßen, die dieser Landtag verabschiedet hat unter dem Gesichtspunkt "Flächenrecycling, Zurverfügungstellung von Grundstücken". Diese Aussage ist absolut falsch. Der entscheidende Engpaß bei der Grundstückspolitik des Landes für Gewerbeansiedlungen und Industrieansiedlungen ist nicht die Frage, daß wir zu wenig Flächen haben, sondern ist die Tatsache, daß wir enorm viele Flächen haben, die nicht genutzt werden können, weil sie bis heute nicht saniert sind. Das heißt, der Schlüssel liegt hier. Wer schnell Bewegung in die Industrieflächenstruktur und Gewerbeflächenstruktur des Landes bringen will, muß beim Sanieren anfangen.

(Minister Matthiesen: Und Sanierungstechnologien vor Ort akzeptieren!)

- Und Sanierungstechnologien vor Ort akzeptieren!

(Minister Matthiesen: Ich könnte Ihnen Bürgerinitiativen nennen!)

- Schauen Sie sich Ihre Parteifreunde aber auch an! (C)

(Minister Matthiesen: Ja, sie sind alle gleich!)

- Sehen Sie! Aber Sie sind an der Landesregierung, das heißt, Sie können ruhig etwas ungleicher sein!

Wir müssen diese Flächen saniert bekommen, und deswegen setzen wir hier im Bereich des Matthiesen-Ministeriums 90 Millionen DM im Prinzip für Flächensanierungsmaßnahmen ein. Wir sind sicher, daß wir damit einen wichtigeren Beitrag zur Zurverfügungstellung von Gewerbeflächen leisten als er bisher im Zöpel-Ministerium vorgesehen ist. Es kann bei wirklicher ökologischer Abwägung doch nicht dahin gehen, daß wir am laufenden Bande nur weitere - weil das einfacher ist - grüne neue Gewerbeflächen kaufen, sondern wir sollten uns beim Umbau unserer Industriestruktur wirklich konzentriert um die Frage kümmern, wie wir die alten Flächen flott bekommen. Und deswegen haben wir gesagt, wir gehen mit diesem Geld in das Matthiesen-Ministerium hinein und nehmen den Ansatz des Ministeriums, das das auf den grünen Wiesen machen will, zunächst einmal ein bißchen zurück, denn der Bedarf ist in dem anderen Bereich größer und die Wirkung, die schnelle umsetzbare Wirkung für unser Land, ist es ebenfalls.

Ich denke, daß wir somit eine sehr vernünftige Alternative zu dem Verwendungsvorschlag dieser 756 Millionen DM, wie die Landesregierung und die SPD das offensichtlich wollen, unterbreitet haben. (D)

Wir sind für eine gerechte Verteilung an alle Regionen. Wir werden eine weitere einseitige Bevorzugung bestimmter Regionen politisch nicht akzeptieren. Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, daß die LIP-Mittel auch für ZIM-Regionen sein sollen. Das ist also eine erneute Schwerpunktbildung, die eigentlich nicht sinnvoll ist. Wir hatten gedacht, daß LIP dann in die überwiegenden Regionen des Landes fließt - Landesinvestitionsprogramm -, die den ZIM-Regionen nicht unterliegen, und deswegen kann das nicht der gerechte Verteilungsschlüssel sein, den wir hier mit Nachdruck einfordern. Es wird zwar bei dem erkennbaren Ziel keine Doppelförderung pro Objekt geben, Herr Trinius, aber es wird eben die Doppelförderung in der Region geben, und wir wollen hier wirklich eine gerechte Verteilung.

(Trinius (SPD): Sie streichen LIP vollständig!)

(Schauerte (CDU))

- (A) Ich komme zum Schluß. Wer die Umweltschutzprobleme in diesem Lande löst, und zwar zeitnah löst, steigert die Attraktivität, erhöht den Wettbewerbspart des Landes Nordrhein-Westfalen, erleichtert Ansiedlungen und sorgt dafür, daß das Land Nordrhein-Westfalen europaweit eine bevorzugte Adresse wird, wie es unsere Lage eigentlich verlangt. Deswegen bitten wir die Sozialdemokraten noch einmal sehr herzlich, sich diesem etwas anderen, aber mit einem klar erkennbaren Schwerpunkt ausgerichteten Vorschlag zu nähern. Er würde unserem Lande hervorragend bekommen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Abg. Wickel. Ich erteile ihm das Wort.

Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir unterhalten uns oder debattieren inzwischen zum dritten Male über diese 756 Millionen DM, die wir als Strukturhilfe vom Bund in Bonn erhalten. Wenn man die Debatten und Diskussionen verfolgt, ist eins festzuhalten: An den Standpunkten, als es ursprünglich eingebracht wurde, als es durch die Beratung ging, bei der heutigen Abschlußdebatte, hat sich wenig geändert. Jeder erkennt dankbar diese 756 Millionen DM für das Land an, aber die Schwerpunkte, die man setzen will, werden sehr unterschiedlich, und zwar deutlich unterschiedlich, in den Fraktionen gewichtet.

(B)

Bevor ich auf die konkreten Anträge eingehe, die meine Fraktion in der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gestellt hat und bewußt zur heutigen zweiten Lesung nochmals zur Abstimmung stellt, doch noch ein kritisches Wort zu den Projekten, die die Landesregierung im Nachtragshaushalt vorgesehen hat.

Ich beginne mit den Investitionsvorhaben aus dem Bereich des Innen- und des Justizministeriums. Da verstehen wir einfach nicht, was ein neues Dienstgebäude der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Soest, was neue Unterkünfte in einer Polizeikaserne und was Erweiterungen der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel mit der Stärkung der Wirtschaftskraft zu tun haben sollen. Das wird nach unserer Auffassung wohl ein ewiges Geheimnis der Landesregierung bleiben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren! Wohlgedenkt, wir wenden uns nicht gegen die Maßnahmen als solche. Die Maßnahmen mögen ja aus Sicht der

Landesregierung vernünftig sein. Aber – und hier sind wir eindeutig – mit Strukturhilfe haben sie nun gar nichts zu tun.

(C)

(Erneut Beifall bei der F.D.P. und CDU)

Ebensowenig haben Bauunterhaltungsmaßnahmen im Einzelplan 06 mit der Beseitigung von Strukturdefiziten zu tun. Wenn es also in den Universitäten durchregnet, die Fenster nicht dicht sind oder sonstige Probleme auftauchen, dann ist das letztlich das gewaltige Defizit, das sich in den vergangenen Jahren in diesem Bereich angestaut hat, das nicht abgearbeitet, nicht repariert wurde. Hier schlagen wir als Alternative vor, meine Damen und Herren: Die Landesregierung muß den Landeshaushalt umschichten. Wenn derartige Defizite im Einzelplan 06 entstehen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

dann muß die Landesregierung eben diese Umschichtung durchsetzen und nicht Strukturhilfemittel zur Reparatur verwenden.

Meine Fraktion, die F.D.P.-Fraktion, hat hierzu in den Haushaltsberatungen zig Anträge gestellt, aber sie wurden abgelehnt. Wenn man auch sagen muß, jede dieser Maßnahmen ist uns sympathisch, dann muß man auch anfügen: Hochschulen sind Landeseigentum. Wenn ich Hauseigentümer bin, dann möchte ich den einmal sehen, der mir glaubt, wenn ich zu ihm komme und sage: "Bei mir regnet es durch. Gib mir dein Geld, damit mein Haus in Ordnung gebracht werden kann."

(D)

Das Land hat die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, seine Gebäude nicht verkommen zu lassen. Es hat dafür zu sorgen, daß der Putz nicht bröckelt und daß es nicht durchregnet, und das hat nichts mit dem Bund zu tun. Deshalb gehören neue Fenster, neuer Verputz, das Abdichten von Flachdächern eben nicht in das Strukturhilfegesetz, denn dafür sind die Strukturhilfemittel nicht gedacht.

Nach unserer Auffassung betreibt die Landesregierung hier ein sehr durchsichtiges Spiel. Sie verlagert ureigenste Landesaufgaben in den Strukturhilfebereich, entlastet so den Landeshaushalt und – man darf den Faden ja weiterspinnen – will dann mit geschönten Zahlen des nächsten Haushalts in den Landtagswahlkampf gehen und sagen: "So habe ich die Neuverschuldung heruntergefahren", indem sie einfach Aufgaben verlagert hat.

(Lachen des Ministers Schleißer)

(Wickel (F.D.P.))

- (A) - Herr Finanzminister, aus Ihrer Sicht ist das natürlich schön, aus der Sicht der SPD-Fraktion ist das auch schön.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Es ist schön, aber falsch!)

Aber wir legen es auf Wiedervorlage; und wenn Sie kommen und die Fahne hochhalten: "Wir haben die Neuverschuldung gesenkt", dann weisen wir Ihnen nach, wodurch Sie sie gesenkt haben.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Zurück zu den Vorhaben im Einzelplan 06! Die SPD-Fraktion hat eine Reihe von Änderungen beantragt und auch durchgesetzt, mit denen nach unserer Auffassung im wesentlichen eine Reparatur durch eine andere ersetzt wurde. Früher nannte man das deutsch "Flickschusterei". Am System hat sich dabei nichts geändert.

Nun ist im Haushalts- und Finanzausschuß ausgeführt worden, durch diese Änderungsanträge käme es zu echten Verbesserungen, was Umweltschutz und anderes anbelange, etwa durch die Sanierung von Chemikalienlagern, des Abwassernetzes, durch Energieeinsparungen in landeseigenen Universitätsgebäuden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bauunterhaltung kann doch nicht nur bedeuten, daß den Studenten die Gebäude nicht über den Köpfen zusammenbrechen! Für uns gehört selbstverständlich auch dazu, daß in einem solchen Gebäude der Kanal funktioniert, daß überall dort, wo mit Chemikalien gehandelt wird, ordnungsgemäß gehandelt wird, daß die Umwelt nicht vergiftet und auch nicht gefährdet wird.

(B)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das sind selbstverständliche Dinge für jemanden, der sein Haus in Ordnung hat und auch in Ordnung halten will. Wieso diese Dinge hier bei den Strukturhilfemitteln auftauchen, ist uns schleierhaft. Der Einsatz von Strukturhilfemitteln in diesem Zusammenhang ist nach unserer Auffassung sogar ein Mißbrauch, weil hierfür das Land alleine zuständig ist. Die Abwälzung derartiger Kosten auf diese Bundeshilfe halten wir für verantwortungslos.

Nun zu den Anträgen meiner Fraktion! Wir haben wenigsten den Versuch unternommen, zu retten, was aufgrund der verkorksten Regierungsvorlage - wie wir sie sehen - noch zu retten war. Wir haben unsere Anträge in zwei Schwerpunktbereichen konzentriert, die wir folgendermaßen nennen: die Verbesserung

- der Qualifizierungsinfrastruktur und die Verbesserung der Ansiedlungsinfrastruktur. (C)

Zuerst zur Qualifizierungsinfrastruktur! Wir wollten die Zuweisungen insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung und Qualifikation und der Forschungsförderung erhöhen. Wir haben Erhöhungen beantragt für Werkstätten an den berufsbildenden Schulen, für höhere Zuweisungen an Berufsbildungszentren, an Branchenqualifikationszentren und andere. Das Volumen beträgt insgesamt 11 Millionen DM. Hier haben wir uns relativ sicher gefühlt, weil die Mikat-Kommission in der Fülle von Empfehlungen gerade das Thema Qualifikation besonders herausgearbeitet und herausgestellt hat. Diese Empfehlungen wollten wir in unseren Anträgen aufgreifen und natürlich auch umsetzen.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Wir sind da schneller als die Landesregierung!)

Ein Beispiel ist die Empfehlung, daß die technische Ausstattung der Berufsschulen und anderer Einrichtungen der Fortbildung und Umschulung eben den Ansprüchen neuer Technologien gerecht wird. Ich lege Ihnen diese Änderungsanträge - es handelt sich um die Anträge unter II Nummer 3, Nummer 5 b und c sowie Nummer 6 a und b -, meine Damen und Herren, besonders ans Herz.

Im Forschungsbereich haben wir eine Aufstockung - oder, wenn Sie wollen, die Umschichtung - um 25 Millionen DM vorgeschlagen, und zwar für Geräteinvestitionen, für die Fraunhofer-Gesellschaft, für neue Forschungseinrichtungen und anderes. Auch hier sehen wir uns durch die Empfehlungen der Mikat-Kommission voll bestätigt; denn wenn es uns gelingt, hier bestehende Defizite möglichst schnell abzubauen, ist dies ein ganz entscheidender Impuls für die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft in unserem Lande. Nur so kann wirklich Wirtschaftskraft gestärkt werden, so wie es der Sinn und Zweck des Strukturhilfegesetzes ist.

(D)

Zu unserem zweiten Schwerpunkt, der Ansiedlungsinfrastruktur! Auch hier folgen wir den Empfehlungen der Mikat-Kommission; denn was sollte es für einen Sinn haben, eine solche Kommission einzusetzen, wenn man den Bericht nicht entsprechend auswertet und die Empfehlungen nicht beachtet.

(Zustimmung des Abg. Tschoeltsch (F.D.P.))

Hier meinen wir genau die Empfehlungen unter den Ziffern 91 bis 100, in denen die Kommission feststellt, daß in Nordrhein-

(Wickel (F.D.P.))

- (A) Westfalen nicht generell von einem Gewerbeflächenengpaß gesprochen werden kann, daß aber ein - und hier zitiere ich - "entscheidendes Verfügbarkeitshemmnis in der Altlastenfrage liegt". Die Mikat-Kommission hat bemängelt, daß die Entscheidungskompetenz über Kauf und Verkauf von Grundstücken nicht allein der Landesentwicklungsgesellschaft überlassen bleiben dürfe und hat das bisher gehandhabte Verfahren als zu umständlich bezeichnet. Die Landesentwicklungsgesellschaft sollte die zu sanierenden Grundstücke nicht erst teuer kaufen - dafür gehen zur Zeit über 80 % der Mittel drauf -, sondern sanieren, dekontaminieren, aufbereiten. Hier finden wir uns auch mit unserer Zielsetzung der Vergangenheit voll wieder. Das entspricht dem, was wir immer kritisiert haben, daß hier die Vorratspolitik nicht entsprechend gehalten wird.

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß beantragt und wiederholen heute diesen Antrag, nicht einen Grundstücksfonds aufzustocken, sondern den Gemeinden zusätzlich 58 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, aus denen sie die Aufarbeitung von Industriebrachen finanzieren können. Ergänzend haben wir die Aufstockungen des Titels beantragt, aus dem Gefährdungsabschätzungen und Sanierungsuntersuchungen im Zusammenhang mit ihren Planungen für die Wiederbenutzbarkeit von Altstandorten finanziert werden sollen, und zwar um 5,25 Millionen DM auf insgesamt dann 15 Millionen DM.

- (B) Zur Abrundung noch der Hinweis auf einen weiteren Antrag von uns: Die Zuweisungen an die Kommunen für naturnahen Wasserbau und Gewässerunterhaltung sollten um 7,6 Millionen DM auf dann 20 Millionen DM aufgestockt werden.

Abschließend möchte ich noch auf einen Antrag meiner Fraktion in diesem Zusammenhang hinweisen, mit dem wir versucht haben, ein weiteres echtes Ärgernis im Nachtragshaushalt auszumerzen. Sie wissen, zumindest aus den bisherigen Beratungen ist ja deutlich geworden, daß Land und Gemeinden für ihre Vorhaben jeweils 10 % Eigenmittel vorweisen und beisteuern müssen. Hier bleibe ich bei meiner Aussage aus dem Haushaltsausschuß: Hier hat die Landesregierung Trick 17 gezogen. Sie will ihren Eigenbeitrag aus globalen Minderausgaben finanzieren. Das sind vom Volumen her 29,5 Millionen DM - bestimmt kein Problem bei der Größe des Landeshaushalts. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir daran denken - darüber unterhalten wir uns ja morgen -, was wir an Rückstellungen und dergleichen und überhaupt an Minderausgaben in den Landeshaushalten in den letzten

Jahren hatten, dann kann es doch nicht richtig sein, dieses Rezept zu verwenden. Man sollte dann auch so ehrlich sein, hier die Mittel tatsächlich zur Verfügung zu stellen, (C)

(Minister Schleißer: Sicher!)

damit sie zusätzlich eingesetzt und ausgegeben werden können.

Wir wollen, wenn schon diese Mittel verwandt werden, daß dann auch die Neuverschuldung gesenkt werden kann, aber nicht mit der Methode, wie hier operiert wird.

Die Landesregierung setzt also keinen Pfennig Eigenmittel ein.

(Minister Schleißer: Ja sicher!)

Das belegt für uns sehr augenscheinlich, welchen Stellenwert das Strukturhilfegesetz des Bundes bei der Landesregierung hat. Wir sind der Auffassung, daß es nicht richtig sein kann, die Chance, die wir mit diesem Gesetz und den 756 Millionen DM aus Bonn haben, bürokratisch zu vertun.

Die F.D.P.-Fraktion ist der Auffassung, daß unsere Anträge geeignet sind, dem Nachtragshaushalt Akzente in Richtung auf Zukunftsbewältigung, auf Strukturwandel zu geben.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ein paar Bemerkungen noch, meine Damen und Herren, zu den Änderungsanträgen der anderen Fraktionen! Ich sehe hier eine Fülle von Übereinstimmungen. Die SPD weiß, daß wir uns im Haushaltsausschuß bei 05 und 06 der Stimme enthalten haben, weil, obwohl die Richtung stimmte, die Beträge für uns zu weit auseinander waren. Die CDU weiß, daß wir in vielen Anträgen mit ihr stimmten, daß wir in anderen Anträgen dagegen sein mußten. (D)

Wir haben Probleme, wenn die CDU den gesamten Ansatz im Einzelplan 08 streichen will; denn damit fällt berufliche Weiterbildung, Berufsausbildung und damit ein Schwerpunktförderbereich des Strukturhilfegesetzes unter den Tisch. Das können wir nicht nachvollziehen. Hier kann ich kein Konzept erkennen. Wenn wir feststellen, wie man Brachflächen aufbereiten und sanieren könnte, dann müßte man dem CDU-Antrag folgen, 181 Millionen DM für die Gemeinden zu streichen. Meine Damen und Herren, auch das fällt uns etwas schwer, denn hier kann nicht ein Schwerpunkt der Beseitigung struktureller Mängel liegen.

(Wickel (F.D.P.))

- (A) Herr Kollege Schauerte war eben herrlich. Wir lernten ihn von einer ganz neuen Seite kennen, ich würde sagen von der grünen Seite, wenn Sie so wollen. Diese Einzelanträge sind, so wie sie Herr Kollege Schauerte vorgetragen hat, auch sympathisch. Nur, wir finden da nicht die Synthese. Wenn wir einmal bei den Spruchweisheiten oder Schlagworten des Landes bleiben, die Synthese zwischen Ökonomie und Ökologie zu finden, dann klappt da irgendwo eine Lücke.

(Stump (CDU): Der Antrag ist schlüssig!)

- Herr Kollege Hardt, darauf können wir noch zurückkommen.

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Der Kollege Matthiesen ist hier also in einer euphorischen Stimmung. Er sieht schon wieder irgendwelche Lücken, in die er eindringen kann. Ich kann ihm da, glaube ich, nicht helfen. Aber was soll es, ein bißchen Spaß muß auch sein.

(Zuruf des Abg. Hardt (CDU))

- Herr Hardt, man sollte alles nicht so eng sehen. Sie wissen ja, die ärmsten Menschen sind die, die morgens vor dem Spiegel stehen und sich nicht leiden können.

(Hardt (CDU): Bei mir ist das anders.)

- (B) Also, lassen Sie uns hier das debattieren, so wie wir die einzelnen Schwerpunkte sehen. Deshalb haben wir ja auch ganz deutlich in den abschließenden Beratungen und in den Abstimmungen des Haushaltsausschusses das getan, was wir für richtig halten und was Sie auch gemacht haben: Einmal haben wir gegen die Regierungsvorlage gestimmt, einmal haben wir gegen CDU, einmal gegen SPD gestimmt, wie es eben die Schwerpunkte der einzelnen Fraktionen hier verdienten.

Letzter Punkt! Es geht um die vier Stellen, die die Landesregierung beantragt hat. Hier sind wir allerdings der Auffassung: Wenn man ein solches Programm abwickeln soll, wenn 756 Millionen DM zusätzlich ausgegeben werden sollen, dann muß man der Landesregierung auch die Möglichkeit geben, dieses Geld umzusetzen. Das kann sie nur, wenn sie diese vier zusätzlichen Stellen bekommt. So kritisch wir auch Stellenvermehrungen gegenüberstehen: in diesem Falle stimmen wir den vier Stellen im Einzelplan 12 zu.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD erteile ich nunmehr dem Herrn Abg. Schultz das Wort.

Schultz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat in den letzten Jahren den Strukturwandel unseres Landes nach Kräften gefördert.

Trotz der traditionellen Probleme, die wir in den Bereichen Kohle und Stahl hatten und haben, sind wir auf dem Wege der Umstrukturierung weiter vorangekommen, als einige hier in diesem Hause es wahrhaben wollen. Gerade gestern hat die Presse gemeldet, daß die NRW-Wirtschaft nach Feststellung der Landeszentralbank 1988 wieder mit dem Wachstumstempo der übrigen Bundesländer Schritt gehalten, teilweise sogar noch stärker zugelegt hat. Das verarbeitende Gewerbe - das ist der industrielle Kernbereich - steigerte seine Produktion in Nordrhein-Westfalen um 5 % und damit stärker, als es dem Bundesdurchschnitt entspräche, der 4 % beträgt.

Eine andere Meldung aus den letzten Tagen: Auf der Messe in Hannover zur Computer- und Informationstechnologie, sicher einer der wichtigsten Zukunftsbranchen, war kein Land der Bundesrepublik so stark vertreten wie Nordrhein-Westfalen.

Der jetzt vorgelegte Nachtragshaushalt ist ein weiterer Baustein auf dem Wege zu einem noch stärkeren Strukturwandel. Wir wollen unser Land fitmachen für die Anforderungen der Zukunft, fitmachen auch im Hinblick auf das, was im Zuge der europäischen Einigung auf uns zukommt.

(Dautzenberg (CDU): Fassadensanierung der Hochschulen!)

Die öffentliche Hand muß vor allem dafür Sorge tragen, daß es eine Infrastruktur in unserem Lande gibt, die Unternehmen wie Arbeitnehmern wie Bildungssuchenden optimale Arbeits- und Lebensbedingungen bietet.

Natürlich sind ausreichende und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnittene Gewerbe- und Industrieflächen dabei von ganz besonderer Bedeutung. Seit 1976 hat das Land mit Mitteln der Städtebauförderung die Erschließung von 5 050 Hektar gewerblicher Baufläche gefördert. Sie müssen sich das vorstellen: Das ist etwa die Fläche von 5 000 großen Sportplätzen. Davon warten noch 1 500 Hektar erschlossener Gewerbeflächen auf ansiedlungswillige Betriebe.

(C)

(D)

(Schultz (SPD))

- (A) Das Land hat jedoch schon sehr früh erkannt, daß man in einem derart dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen nicht immer nur neue Gewerbegebiete auf der grünen Wiese erschließen kann; im Mittelpunkt der Bemühungen um die Mobilisierung von Industrie- und Gewerbeflächen muß vielmehr die Reaktivierung der gerade wegen des Strukturwandels anfallenden Brachflächen stehen.

1980, also vor nunmehr neun Jahren, hat deshalb das Land als erstes Bundesland überhaupt den Grundstücksfonds zur Reaktivierung von Zechen-, Industrie- und Verkehrsbrachen eingerichtet. Mit Mitteln des Grundstücksfonds sind bisher Brachgrundstücke mit einer Fläche von 1 600 Hektar erworben worden. Etwa die Hälfte des Grundstücksbestandes soll erneut für eine gewerbliche Nutzung aufbereitet werden, und mit den anderen Flächen werden oft sehr dringend benötigte Grün- und Frischluftzonen in dichtbesiedelten Stadtbereichen eingerichtet.

Der Haushalt 1989 stellt für die Zwecke des Grundstücksfonds 84 Millionen DM bereit. Wir halten die Aufgabe des Flächenrecyclings für so bedeutsam, daß nunmehr in den Nachtragshaushalt weitere 44 Millionen DM für diesen Zweck eingesetzt werden. Wir messen der Wiedernutzung der brachgefallenen Flächen eine hohe Priorität bei, um in den Ballungsgebieten unseres Landes die noch nicht besiedelten Flächen zu schonen und der Wirtschaft dennoch attraktive Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen.

(B)

Weitere 30 Millionen DM stellt das Land in dem vorliegenden Nachtragshaushaltsplan den Gemeinden für die Zwecke der Stadterneuerung zur Verfügung. Mit diesen Mitteln können vorzugsweise die Erschließung von gewerblichen Bauflächen, die Sicherung von Betrieben an vorhandenen Standorten und das kleinteilige Flächenrecycling gefördert werden.

Meine Damen und Herren! Der Lebenswert einer Region ist ein außerordentlich wichtiger Standortfaktor. Die Standortentscheidungen von Betrieben werden immer stärker durch das vorhandene soziale, kulturelle und städtebauliche Umfeld beeinflusst. Seit vielen Jahren betreibt Nordrhein-Westfalen die Politik der behutsamen Stadterneuerung. Mit dieser Politik haben wir bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Kein Land in der Bundesrepublik setzt für Stadterneuerung derart hohe Mittel ein wie Nordrhein-Westfalen.

Das Ergebnis dieser Politik ist bundesweit und darüber hinaus auch international anerkannt. Wenn es im Gegensatz zu anderen altindustriellen und dichtbesiedelten Industrieregionen bei uns keine oder keine nennenswerten Slums gibt, meine Damen und Herren, dann ist dies nicht zuletzt auch ein Ergebnis einer gezielten Stadterneuerungspolitik, also planvollen staatlichen Handelns.

(C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Neue Heimat!)

- Wenn der Kollege das Stichwort "Neue Heimat" einwirft, dann muß ich daraus entnehmen, lieber Kollege, daß Sie die Problematik von Slums nicht wirklich begriffen haben.

(Frechen (SPD): Niveaulos!)

Die Mittel des Nachtragshaushalts verstärken noch einmal die Anstrengungen des Landes. Sie signalisieren sozusagen, daß wir diesen Weg der Stadterneuerung zur Steigerung von Lebensqualität, zur Steigerung auch von Standortqualität verstärkt fortsetzen wollen.

Meine Damen und Herren! Vor drei Wochen haben wir hier im Landtag einen gemeinsamen Antrag aller drei Fraktionen eingebracht, diskutiert und verabschiedet. In diesem Antrag wird auch die Bedeutung des Grundstücksfonds für die Sanierung und die Aufbereitung von Brachflächen unterstrichen. Der Grundstücksfonds des Landes braucht in Zukunft erhebliche Mittel, um die oft schwierige Beseitigung von Altlasten auf diesen Flächen zu bewältigen. Ich betone noch einmal: Dieser Antrag ist gemeinsam von allen Fraktionen hier verabschiedet worden.

(D)

Ich halte diese gemeinsame Initiative deshalb für so außerordentlich bemerkenswert, weil die Mobilisierung von attraktiven Industrie- und Gewerbeflächen in der Tat einer der Schlüssel für einen erfolgreichen Strukturwandel ist. Um so weniger kann ich nun allerdings verstehen, wenn die Kollegen der CDU - dies begann für uns erkennbar im Verkehrsausschuß - beantragt haben, die Mittel für den Grundstücksfonds und für die Zwecke der Stadterneuerung von zusammen 74 Millionen DM zu streichen und dafür die Straßenbaumittel zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! In dem gemeinsam vor drei Wochen hier verabschiedeten Antrag ist ausdrücklich und sehr ausführlich über diese Problematik des Grundstücksrecyclings und der Brachflächen diskutiert und auch gemeinsam ein Konzept entwickelt worden, wie das gemacht werden kann.

- (A) Präsident Denzer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dreyer von der Fraktion der CDU?

(Schultz (SPD): Aber gerne!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort!

Dreyer (CDU): Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, daß es keinen Gegensatz zu der gemeinsamen Zustimmung zu dem Antrag geben muß, wenn man bedenkt, daß wir eine völlig andere Aufteilung der Mittel vorgenommen haben? Das eine schließt doch das andere gar nicht aus.

Schultz (SPD): Herr Kollege Dreyer, ich kann Ihnen da nicht zustimmen. Ich kann Ihnen da ausdrücklich nicht zustimmen; denn wenn Sie Flächen recyceln wollen, müssen Sie diese Flächen erst haben. Der Vorläufer zu dem Antrag, den wir gemeinsam hier verabschiedet haben - -

(Dreyer (CDU): Es geht doch um Strukturhilfemittel!)

- Nun lassen Sie mich doch einmal ausreden! Der Vorläufer des gemeinsam hier verabschiedeten Antrages zur Gewerbeflächenpolitik kam ja von Ihnen. Da war von einem Gewerbe- und Industrieflächennotstand die Rede, da haben Sie beklagt, daß es nicht genügend Flächen gibt. Aus diesem Ihrem Antrag, Ihrer Initiative, wurde eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen. Das will ich Ihnen gern bescheinigen.

(B)

Nur, drei Wochen später widerrufen Sie die Ziele dieser von Ihnen eingeleiteten Initiative. Da sage ich: Das kann ich nicht verstehen.

(Dreyer (CDU): Im Nachtragshaushalt geht es um etwas anderes!)

Meine Damen und Herren, etwas anderes kann ich auch nicht verstehen: Vor wenigen Monaten hat die CDU-Fraktion hier im Landtag die Erhöhung der Mittel für den Städtebau durch den Bund in den höchsten Tönen gelobt. Heute kommen Sie her und fordern die Reduzierung von Mitteln für den Städtebau. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Ich kann nur sagen: Ich sehe darin eine Konzeptionslosigkeit, die wir nicht mitmachen können. Ich behaupte sogar, bei Ihnen weiß die eine Seite der Fraktion nicht, was die andere Seite wirklich will.

Wir bleiben demgegenüber bei unserem Ziel, die öffentlichen Mittel

(Abg. Dautzenberg (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- ich komme jetzt zum Schluß, vielleicht haben Sie noch Redezeit - dort einzusetzen - -

(C)

Präsident Denzer: Es ist Ihr gutes Recht, Herr Abgeordneter, eine Frage abzulehnen.

Schultz (SPD): Herr Präsident, ich habe nur noch einen Satz zu sagen. Danach können Sie doch hierherkommen und Ihre Meinung dann preisgeben.

Präsident Denzer: Herr Dautzenberg, das ist sein gutes Recht!

Schultz (SPD): Also, wir bleiben der Meinung, die öffentlichen Mittel sollen und müssen dort eingesetzt werden, wo der Lebenswert, die Zukunftschancen und die Arbeitsmöglichkeiten in unserem Lande gestärkt werden. Dabei sind Grundstücksfonds und Stadterneuerung zentrale Bestandteile dieses Konzeptes. Sie dürfen nicht geschwächt, sondern sie müssen gestärkt werden. Deswegen bitten wir Sie, die Vertreter der Opposition, von Ihren Anträgen Abstand zu nehmen und dem Entwurf des Nachtragshaushaltplanes zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Stump das Wort.

Stump (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion, die wir hier erleben, macht deutlich, daß man in der Verwendung der Strukturhilfemittel durchaus verschiedener Meinung sein kann. Die CDU-Fraktion hat sich zur Aufgabe gestellt, hier einen Schwerpunkt festzumachen, und zwar in dem Bereich "Umweltschutz".

(D)

Das heißt nicht, daß man andere Maßnahmen damit nicht akzeptieren will, sondern die Entscheidung ist, den Umweltschutz in den Fordergrund zu stellen, weil es sicherlich, Herr Kollege Wickel, zwischen Ökonomie und Ökologie einen engen Zusammenhang gibt. Denn das, was wir ökologisch zu bewirken versuchen, hat durchaus auch ökonomische Vorteile für das Land Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund werden wir allerdings auch nicht die Erinnerung los, daß wir in diesem Parlamentsaal insbesondere von der Landesregierung den Ruf nach Bonn permanent vernehmen. Das ist eine gewohnte Pflichtübung - auch der Mehrheitsfraktion -; und genau dieser Ruf nach Bonn hat zur Überraschung derjenigen, die gerufen haben, lautstarken Widerhall gefunden.

(Stump (CDU))

- (A) Mit großer Freude stellen wir für die CDU-Fraktion fest, daß eben dieser Ruf gehört wurde und hier Strukturhilfemittel in Höhe von 756 Millionen DM für das Land Nordrhein-Westfalen bereitgestellt werden. Wir stellen allerdings auch überrascht fest, daß diese Landesregierung und die Mehrheitsfraktion auf diese positive Reaktion gar nicht vorbereitet waren.

Im Vorfeld der Erarbeitung des notwendig gewordenen Nachtragshaushaltes wurde daher Hektik ausgelöst. Das Ergebnis spiegelt den Vorgang wieder. Das, was wir mit dem Strukturhilfeprogramm des Bundes eigentlich bezwecken wollten, nämlich, den Umstrukturierungsprozeß des Landes Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen, wird mit dem Nachtragshaushalt so nicht erreicht.

Auch von wesentlichen, zusätzlichen Anreizen zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes, mit der neue Strukturen - zum Beispiel auch in der Entsorgung - aufgebaut werden sollten, ist nicht allzuviel zu bemerken. Vielmehr setzt die Landesregierung dort auf Reparatur, wo Versäumnisse der Vergangenheit vorliegen. Dabei verliert sie sich auch noch in Kleinigkeiten.

Wenn ich den Kollegen Schultz höre, der sagt, wir wollen unser Land fitmachen für die Zukunft, so kann ich Ihnen nur sagen, Herr Kollege Schultz, mit Fassadenerneuerung bekommen wir das nicht hin.

- (B) (Beifall bei CDU und F.D.P. - Schultz (SPD): Lesen Sie mal lieber nach!
- Dautzenberg (CDU): Fassadenerneuerung können die aber gut!)

Ich wiederhole: Die Strukturhilfe kann und darf einfach nicht für derartige Dinge eingesetzt werden, wenn damit Versäumtes nachgeholt werden soll und mit Sicherheit eben ein Landeshaushalt mit seinen allgemeinen Mitteln erhalten müßte, wenn man vorsorglich tätig geworden wäre.

Erschreckend ist festzustellen, daß der Nachtragshaushalt mit der aufgezeigten Verwendung der Strukturhilfemittel den ländlichen, besser gesagt den kreisangehörigen, Raum weitgehend unberücksichtigt läßt.

Diese Vernachlässigung, meine Damen und Herren, ist so nicht hinnehmbar. Sie ist auch ein gravierender Fehler dieser Landespolitik. Ich denke, das, was wir im Umweltausschuß vom Kollegen Alt-Küpers gehört haben, wo Breitseiten gegen den ländlichen Raum abgefeuert wurden, macht deutlich, daß hier

andere Denkmodelle in der SPD-Fraktion Priorität besitzen.

(C)

Meine Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion hat den Nachtragshaushalt zum Anlaß genommen, die Strukturhilfemittel zu bündeln, und zwar im Interesse des Umweltschutzes. Wir wollen dem Umweltschutz in unserem Land einen besonderen Schub geben. Wir wollen uns weniger mit Theoriediskussionen herumschlagen, wir wollen handeln, weil es um den Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen nach wie vor noch nicht zum besten steht.

Der Zustand des Grund- und Trinkwassers ist besorgniserregend. Die Gewässergüte unserer Fließgewässer ist entgegen den Äußerungen des zuständigen Fachministers weiterhin unbefriedigend.

(Wendzinski (SPD): Vorwiegend durch die landwirtschaftlichen Betriebe!)

- Sehen Sie, Herr Kollege Wendzinski, da hatte ich hier einen Satz in meinem Rede-manuskript stehen, der lautete: "Und diese Angriffe des Abg. Alt-Küpers ergänzen die Angriffe des Abg. Wendzinski, die der Landwirtschaft gelten." Diese Breitseiten fahren Sie regelmäßig gegen die Landwirtschaft ab. Ich habe im Interesse eines gemäßigten Tones hier darauf verzichtet; vorgesehen waren sie, und prompt helfen Sie mir schon wieder ins Konzept hinein. Vielen Dank!

(Wendzinski (SPD): Die Landwirte sagen doch, die Bonner Landwirtschaftspolitik sei schuld.)

(D)

- Lieber Herr Kollege Wendzinski, da ich mir sicher bin, daß Sie weiterhin Ihre Aufmerksamkeit einbringen: Die Bodenbelastung ist riesengroß, besonders erkennbar an der Vielzahl der Altlasten und der defekten Abwasserkanäle in unseren Städten und Gemeinden.

Die Waldschäden sind weiter besorgniserregend. Die Luftverschmutzung ist weiterhin groß. Ebenso wie die Umsetzung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung - ich meine die Entstickung - ist eine schnelle Umsetzung der TA Luft erforderlich.

Die Müllberge machen uns Sorge. Die Deponie- und Verbrennungskapazitäten sind begrenzt. Neue Standorte werden kaum durchgesetzt. Der Mülltourismus blüht.

Meine Damen und Herren! Ich spare an dieser Stelle auch gar nicht aus, daß wir Druck machen müssen bei der generellen Einführung des schadstoffarmen Autos bzw. des geregelten Dreiwegekatalysators.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

(Stump (CDU))

- (A) - Ich sage das bewußt, weil ich dann auch Ihrer Zustimmung gewiß bin. Ich will an dieser Stelle noch etwas ganz anderes sagen, was vielleicht ungewöhnlich ist: Es gibt keinen roten Umweltschutz, es gibt keinen schwarzen Umweltschutz, es gibt keinen blau-gelben Umweltschutz, es gibt nur den Umweltschutz, und den müssen wir im Land wie im Bund einfordern im Interesse unserer Schöpfung, die wir zu bewahren haben.

(Beifall bei der CDU - Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Bravo, richtig!)

Das heißt aber auch ganz konkret, daß wir die Handlungsfelder der Landespolitik auszumachen haben. Hier stellen wir eben Handlungsdefizite fest, und hier ist auch der Ort, wo wir dies sagen dürfen.

Ich will damit aber auch deutlich machen, daß wir keinen Grund haben, die Situation zu beschönigen, auch wenn der zuständige Minister dazu immer wieder neigt, seine Politik weltmeisterlich darzustellen, und jede Chance nutzt, wenn er glaubt, auf einen anderen zeigen zu können, um den Verschiebepark nach Bonn in Bewegung zu setzen nach dem Motto: Haut den Lukas, und das natürlich mit viel Spektakel. - Stimmt es, Herr Minister?

(Minister Matthiesen (lachend): Wenn Sie es sagen!)

- (B) Der Minister kalkuliert dabei die Betroffenheit der Bürger ein. Die Menschen werden immer sensibler: Alles, was mit Gift und mit sonstigen Belastungen zu tun hat, veranlaßt sie, sich gegen alles zu wehren, und sie wehren sich auch gegen Standorte, so zum Beispiel in der Abfallentsorgung.

Der gleiche Minister beklagt, daß er bei seinen umweltpolitischen Bemühungen, insbesondere wenn es um Abfallentsorgungsanlagen geht, nicht verstanden wird. Die eigenen Genossen laufen ihm vor Ort fort. Umsetzungsorientierte Handlungskonzepte der Landesregierung bleiben aus, wie dies auch die Mikat-Kommission beklagt.

Meine Damen und Herren! Wir benötigen eine vom Konsens geprägte umweltpolitische Offensive. Die CDU will ihren Beitrag leisten, ganz besonders im Rahmen dieser Nachtrags Haushaltsberatung. Wir wollen erhebliche Mittel bereitstellen, und zwar für die Natur- und Landschaftspflege, für die ökologische Fortentwicklung unserer Städte und Dörfer, für den Gewässerausbau und die Weiterentwicklung der Abwassermaßnahmen, für die

Abfallentsorgung, für die Bewältigung der Altlastenproblematik, für den Lärmschutz und die Umweltforschung. (C)

An dieser Stelle möchte ich noch zwei Dinge anfügen: Da gibt es eine landesweit verteilte Zeitung der SPD-Landespartei, die bereits dieses Strukturhilfeprogramm in Teilen verarbeitet und unter anderem darstellt: Große Leistung für den Entwässerungsbereich; es stehen 340 Millionen DM zur Verfügung.

Meine Damen und Herren! Da wird das Ergebnis des Arbeitskreises Umwelt der SPD-Fraktion, Stand Dezember 1988, verarbeitet. Tatsächlich aber wird genau nur die Hälfte im Landeshaushalt eingesetzt.

(Schultz (SPD): Das ist ganz anders!)

Ich denke, Sie sollten aktueller berichten und die Menschen in diesem Land nicht mit falschen Zahlen im März 1989 konfrontieren.

Herr Kollege Schultz, auch zu Ihnen: Reduzierung der Städtebauförderungsmittel. Natürlich müssen wir uns ernsthaft darüber unterhalten, ob es Sinn macht, in der Schwerpunktbildung zunächst Städtebauförderung zu 300 % stärker zu fahren und gleichzeitig Städtebauförderung in der Weise zu vernachlässigen, daß wir unsere Abwasserkanäle im Untergrund, d. h. unter der Erdoberfläche, unter den schönen bunten Pflastersteinen, nicht in Ordnung bekommen. Die Priorität muß lauten: Kanalsanierung und dann Städtebausanierung im Oberflächenbereich. Ich denke, das ist eine ordentliche Anschauung, die wir als CDU-Fraktion vertreten. (D)

Meine Damen und Herren! Die Redezeit ist beendet. Ich bedaure das; ich wollte noch etwas sagen. Aber ich denke, dies reicht auch. Vielen Dank! Stimmen Sie dem CDU-Antrag zur Änderung des Nachtragshaushalts zu, und wir befinden uns in einem großen Konsens des Umweltschutzes in diesem Plenum.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Die CDU hat noch drei Minuten Redezeit; die werden wahrgenommen von Herrn Abg. Dreyer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dreyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich habe mich nur zu Wort gemeldet, um die unsinnige Unterstellung des Kollegen Schultz zurückzuweisen, die Ver-

(Dreyer (CDU))

- (A) kehrspolitiker der Union hätten die Städtebaupolitiker über den Löffel barbiert.

(Schultz (SPD): Warum so böse?)

So etwa hat er sich ausgedrückt, oder er hat gesagt, die eine Hand habe nicht gewußt, was die andere getan hat. Völlig falsch!

Herr Kollege Schultz, nehmen Sie zur Kenntnis: Dem Verkehrsausschuß hat der volle Antrag vorgelegen, aus dem hervorging, daß wir 100 Millionen DM für Verkehrsmaßnahmen einsetzen wollten. Für welche anderen Zwecke die 756 Millionen DM disponiert werden sollten, ist vorhin von Herrn Schauerte und auch vom Kollegen Stump vorgetragen worden.

Uns ging es darum, im Einzelplan 11 dafür zu sorgen, daß 20 Millionen DM für die Finanzierung der Rahmenvereinbarung mit der Deutschen Bundesbahn eingesetzt werden, weitere 20 Millionen DM für die Förderung nichtbundeseigener Eisenbahnen und 60 Millionen DM für die Förderung des Straßenbaus, insbesondere von Ortsumgehungen.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schultz zu?

(Dreyer (CDU): Ja!)

Wenn sie nicht zu lang ist, werde ich Ihnen eine Minute zugeben.

(B)

(Dreyer (CDU): Danke schön!)

- Herr Abg. Schultz, Sie haben das Wort.

Schultz (SPD): Herr Kollege Dreyer, ich mußte doch diesen Eindruck gewinnen, nachdem Ihr Kollege Doppmeier im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen den von Ihnen eingebrachten Antrag zur Reduzierung der Städtebaufördermittel überhaupt nicht kannte. Ist Ihnen das nicht bekannt gewesen, daß er gar nicht wußte, was Sie vorhatten?

Dreyer (CDU): Ich gehe davon aus, Herr Kollege Schultz, daß Sie einen völlig falschen Eindruck bekommen haben. Dies war ja in der Fraktion vorher so beschlossen worden.

(Lachen bei der SPD)

Ich möchte noch einmal sagen: Uns ging es vor allem eben auch darum, Ortsumgehungen stärker zu fördern. Angesichts der Witterung ist tatsächlich die Situation vorhanden, daß Baubeschleunigung stattfinden kann. Es wäre doch schlimm, wenn Baustellen liegenblieben,

weil nicht das Geld vorhanden ist, um die zügige Weiterführung tatsächlich in Angriff zu nehmen.

(C)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter! - Nunmehr hat für die Landesregierung der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Herr Matthiesen, das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung ist nicht nur grundgesetzlich, sondern auch politisch zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet. Deshalb ist die Landesregierung - das ist gar keine Frage - natürlich für diese Finanzhilfe des Bundes, die im übrigen auch anderen Bundesländern zugute kommt, wie Sie wissen, dankbar. Aber das hat mit Almosen und gnädigem Akt nichts zu tun, sondern das ist die grundsätzliche und grundgesetzlich verankerte Pflicht der Bundesregierung, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen.

So wie das für die Bundesregierung gilt, so gilt das auch für die Landesregierung innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist das vorgelegte Modell zur Verteilung der Strukturhilfemittel keine Benachteiligung der ländlichen Räume, wie Sie hier der Öffentlichkeit suggerieren wollen, sondern ein ausgeglichenes Modell, das alle Regionen unseres Landes, Städte und Dörfer umfaßt, weil die Landesregierung dem gesamten Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet ist und dafür auch Politik macht.

(D)

Wenn hier nun über den Schwerpunkt Umweltschutz geredet wird, hört das ein Umweltminister natürlich gern. Nur er fragt sich, was Sie denn zu dieser plötzlichen Kehrtwendung bewogen hat.

(Dreyer (CDU): Wir sind schon lange für Umweltschutz.)

Wenn ich mir nämlich Ihren Antrag angucke, den Sie morgen beim Tagesordnungspunkt "Landesentwicklungsprogramm" stellen, und Ihnen diesen im Wortlaut vorlese, empfehle ich Ihnen dringend, eine Stelle in Ihrer Fraktion zu schaffen, die künftig Ihre Reden untereinander koordiniert, damit man Klarheit erkennen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Hier heißt es nämlich - das Landesentwicklungsprogramm ist ja das Gesetz, das die politischen Perspektiven und Ziele der Entwicklung unseres Landes festlegt -:

(Minister Matthiesen)

- (A) Für die Landesplanung und Raumordnung müssen soziale, ökologische und ökonomische Ziele gleichgewichtig sein.

Wenn Sie diesen Maßstab, den Sie morgen in das Gesetz hineinschreiben wollen, heute bereits für Ihre Debatte gelten lassen, haben Sie zu dem ausgewogenen Konzept der ökologischen und ökonomischen Erneuerung der Landesregierung keine vernünftige Alternative zu bieten.

(Zustimmung bei der SPD)

Das hindert aber Herrn Schauerte nicht, sich hier noch hinzustellen und über den Flächenengpaß zu lamentieren, womit er in der Sache durchaus begrenzt Recht hat, sich gleichzeitig zum Sprachrohr der Freifläche zu machen und - was wir gerne hören - uns damit bestätigt, die wir immer gesagt haben: erst sanieren und dann Freifläche und nicht umgekehrt. Aber morgen stellen Sie einen Antrag zum Landesentwicklungsprogramm, in dem Sie den Satz der Landesregierung in dem Gesetzentwurf abändern wollen, der da lautet: "Dementsprechend ist der Sicherung und Entwicklung des Freiraums besondere Bedeutung beizumessen." Da sprechen Sie sich dafür aus, daß es durch eine andere Formulierung keine Ideologisierung des Freiraumschutzes geben darf. Was gilt denn nun?

(Zurufe von der CDU)

- (B) Was gilt denn nun? Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, verehrter Herr Kollege Stump, ihre Reden wirklich vorher überprüfen zu lassen, damit man jedenfalls noch ein einheitliches Konzept in dem, was Sie politisch wollen, erkennen kann.

Das zweite, was ich sagen will: Man muß auch mit Ihnen über Ihr ordnungspolitisches Verständnis reden. Sie wissen, daß nach der Gemeindeordnung und nach anderen Gesetzen die Gemeinden unseres Landes prinzipiell verpflichtet sind, zum Beispiel die Investitionen im Abwasserbereich oder im Hausmüllbeseitigungsbereich aus Gebühren zu decken. Die Landesregierung weiß um den hohen Investitionsbedarf. Sie stellt im Landeshaushalt - nicht aus Strukturhilfemitteln - für die Abwasserbeseitigung für die nächsten zehn Jahre rund 4 Milliarden DM zur Verfügung, um den Gemeinden bei den großen Investitionen zu helfen, und sie stellt im Rahmen der Verteilung der Strukturhilfemittel für die wichtige Aufgabe der Kanalsanierung rund 3,4 Milliarden DM zur Verfügung.

Was wollen Sie denn nun? Wollen Sie ordnungspolitisch gelten lassen, daß auch der

Bürger als privater Verursacher irgendwo noch über angemessene Gebührenerhöhungen an den Umweltschutzinvestitionen beteiligt wird, oder wollen Sie dieses ordnungspolitisch richtige Prinzip außer Kraft setzen, indem Sie 100-%-Förderung der Gemeinden durchführen? Das kann keinen Sinn machen. (C)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir helfen den Gemeinden wesentlich, um auch notwendige Gebührenerhöhungen in der Zukunft sozial erträglich zu halten und zu gestalten. Daß das aber zu einer 100-%-Förderung ausarten darf, kann es nicht geben, weil Umweltschutz zum Nulltarif auch für unsere Bürger nicht zu haben ist. Das müssen wir laut und deutlich sagen.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Minister! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stump?

(Minister Matthiesen: Ja, mit dem größten Vergnügen!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Stump (CDU): Herr Minister! Da keiner hier im Saal davon ausgeht, daß eine hundertprozentige Förderung gewünscht ist, stimmen Sie mir aber dennoch zu, daß die Abwassergebühren, die in diesem Lande zur Zeit von den Bürgern in den Gemeinden verlangt werden - über 3 Mark, in vielen Fällen über 5 und 6 DM -, bereits längst eine angemessene Beteiligung der Bürger am Umweltschutz darstellen und daß das Land hier gefordert ist, mehr zu investieren und helfend einzuwirken, als jetzt mit den angesetzten Zuschußbeträgen von nur noch 20 bzw. 30 Prozent bewirkt werden kann? (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Ich stimme Ihnen zu; die Landesregierung beabsichtigt dies auch. Wir werden in den nächsten zehn Jahren aus Mitteln des Landeshaushalts rund 4 Milliarden DM an Zuschüssen zur Verfügung stellen, und wir werden - ausgehend von unterschiedlichen Lastzahlen, um den Problemen in den ländlichen Gebieten stärker Rechnung zu tragen - die Zuschüsse staffeln, wie Sie es auch wissen. Das ist das uns mögliche Modell einer wirksamen Hilfe.

Im übrigen arbeiten wir damit ein NRW-Gewässerschutzprogramm in der Größenordnung von 29 Milliarden DM für die nächsten zehn Jahre bei den Kommunen ab, 19 Milliar-

(Minister Matthiesen)

- (A) den DM für die Modernisierung von Kläranlagen, für Stickstoff- und Phosphateliminierung und 10 Milliarden DM für die Kanalsanierung. Von der Industrie werden wir für die nächsten zehn Jahre ebenfalls 20 Milliarden DM einfordern müssen. - Mit insgesamt 50 Milliarden DM ist dies nun in der Tat das größte ökologische Umrüstungsprogramm, das es jemals in einem Bundesland in vergleichbarer Art gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Was den Immissionsschutz anbetrifft, sollten Sie künftig ein bißchen zurückhaltender sein. Sie wissen sehr genau, daß wir das Programm zur Entschwefelung mit einem Investitionsvolumen von 11 Milliarden DM abgeschlossen haben, daß wir jetzt beim Entstickungsprogramm mit einem Investitionsvolumen von 4 Milliarden DM sind und daß wir mit dann insgesamt 15 Milliarden DM Umrüstungsinvestitionen nur bei den Kohlekraftwerken ein Programm in einer zeitlichen Dichte und mit einer Zielrichtung abgewickelt haben, wie es das in Europa - ja, ich sage: weltweit - so noch nicht gegeben hat. Eine große umweltpolitische, technologiepolitische Leistung!

(Beifall bei der SPD - Hardt (CDU): Wer hat diese 15 Milliarden DM denn bezahlt? Sie als Minister?)

- Nein! Wissen Sie, wenn intelligente Umweltpolitik für die CDU nur darin besteht, Steuermittel in Anspruch zu nehmen, dann vernachlässigen Sie in schlimmer Weise das notwendige Verursacherprinzip in unserer Gesellschaft.

(B)

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Hardt und Stump (CDU) - Dr. Pohl (CDU): Ein alter Rabulist!)

Das gilt im übrigen auch für das Problem der Altlasten. Sie wissen sehr genau, daß Nordrhein-Westfalen als altes Industrieland ein Riesenproblem zu bewältigen hat. Sie wissen, daß wir rund 12 400 Altstandorte und Altlasten registriert haben, von denen 10 % zum Teil oder voll sanierungsbedürftig sind. Wir haben vier Finanzierungsinstrumente:

1. Förderung aus dem Landeshaushalt für Kommunen, in denen Altlasten wichtige Rechtsgüter gefährden, nämlich Trinkwasser oder Leib und Leben oder Wohnbebauung.
2. Wir haben den Altlastensanierungsverband gegründet, der übrigens, Herr Kollege Stump, keine Steuermittel haben soll,

sondern der sich aus Lizenzgebühren speisen soll, die diejenigen aufzubringen haben, die uns die Menge des Sondermülls beschere, was ordnungspolitisch vernünftig ist.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

3. Wir haben Altlastensanierung jetzt im Rahmen des Strukturhilfeprogramms.

4. Wir haben das dankenswerte Engagement des Bodenfonds und der LEG.

Mit diesen vier Instrumenten werden wir künftig noch stärker als bisher Fortschritte erzielen. Nur, eines können wir damit nicht - da ist nicht die Landesregierung gefordert, sondern da sind Sie wie andere auch gefordert -: Sanierungstechnologie vor Ort akzeptabel machen; denn alles, was Sie sagen, steht und fällt in der Realisierung mit einsetzbarer Entgiftungstechnologie.

(Zustimmung bei der SPD)

Solange Entgiftungstechnologie vor Ort als Vergiftungstechnologie diffamiert wird - auch unter Einbeziehung von politischen Parteien, die damit billige Parteitaktik betreiben - und sie auch daran beteiligt sind, ist Ihr Jammern über den Flächenengpaß nicht allzu glaubwürdig!

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(D)

Im übrigen lassen Sie sich noch einmal folgendes sagen: Die großen Konzerne oder Firmen, die über kontaminierte Grundstücke verfügen, würden lieber heute als morgen sanieren, wenn sie das Grundstück nach der Sanierung und dem Bezahlen der immer noch zu hohen Sanierungskosten noch vermarkten könnten. Das Problem sind Sanierungsverfahren, die noch zu teuer sind. Wenn wir sie aber billiger machen wollen, müssen wir mehr sanieren und mehr Konkurrenz in den Markt hineinbringen. Das wiederum hat die Akzeptanz und Unterstützung technologischer Notwendigkeiten durch alle Parteien vor Ort zur Voraussetzung.

(Zustimmung bei der SPD)

Es geht kein Weg daran vorbei. Deshalb kann ich abschließend nur sagen, daß der Schwerpunkt Umweltpolitik bei Ihnen nur eine taktische Variante ist. Sie ist ansonsten in Ihrer Konzeption bisher nicht erkennbar. Von daher fühlt sich die Landesregierung mit ihrem ausgewogenen Konzept der ökologischen und ökonomischen Erneuerung bei der Ver-

(Minister Matthiesen)

- (A) teilung der Strukturmittel auch durch diese Debatte mehr als nur bestätigt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die beiden vorliegenden Änderungsanträge, Drucksachen 10/4155 und 10/4173, ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4155 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/4173 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer ihm entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4129 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

(B)

Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs erfolgt, wie Ihnen bekannt ist, am Freitag.

Ich rufe jetzt Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Sicherung und Entwicklung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/3485

Beschlußempfehlung und Bericht des
Ausschusses für Jugend und Familie
Drucksache 10/4161

Mit der Drucksache 10/4161 liegt Ihnen die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Jugend und Familie vor, wonach der Antrag der Fraktion der CDU abgelehnt werden soll.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Frau Abg. Hieronymi von der Fraktion der CDU.

Frau Hieronymi (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Jugend

und Familie hat Ihnen empfohlen, den Antrag der CDU zur "Sicherung und Entwicklung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen" abzulehnen.

(C)

Es handelt sich um eine Grundsatzfrage der Jugendpolitik in unserem Lande. Und deshalb hält es die CDU für notwendig, daß wir hier im Plenum über diese, von der CDU als nicht richtig erachtete Ablehnung des Antrages miteinander sprechen.

Die SPD hat die Ablehnung des Antrags mit der im Bericht nachzulesenden Begründung versehen, sie sei der Meinung, daß den materiellen Anliegen des Antrages der CDU durch die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1989 entsprochen worden sei.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wenn die SPD meint, wir würden vor lauter Begeisterung über die im Haushalt 1989 zusätzlich eingesetzten 20 Millionen DM für die offene und verbandliche Jugendarbeit diese Aktion automatisch für eine Sicherung und Weiterentwicklung der inhaltlichen Arbeit halten, dann irrt sie gründlich; denn nicht das Geld allein sichert die Jugendarbeit, sondern die Frage, wofür es ausgegeben wird.

(Heckelmann (SPD): Es schafft die Voraussetzung, Frau Kollegin!)

- Zusätzliche Förderungsmittel, Herr Kollege Heckelmann, können sogar zu einer außerordentlichen Gefährdung der offenen und verbandlichen Jugendarbeit in diesem Lande führen, wenn die Grundstrukturen der Förderung gleichzeitig geändert werden. Und genau das hat die SPD durch die Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsberatungen und im Ausschuß getan.

(D)

Lassen Sie mich zunächst feststellen, in welchen Punkten wir übereinstimmen; denn ich bedaure es außerordentlich, daß es durch eine, wie ich finde, unzureichende fachliche Beratung im Ausschuß - einer Beratung, die auch die Träger der offenen und verbandlichen Jugendarbeit zu dem Zeitpunkt, als erste Beratungsunterlagen vorlagen, nicht mehr einbezogen hat - hier zu einer solchen jugendpolitisch kontroversen Diskussion kommt.

Übereinstimmend fordern wir und halten es für richtig, daß die Erhöhung der Mittel für die offene und verbandliche Jugendarbeit erreicht werden konnte. Nachdem in den letzten Jahren insgesamt 480 Millionen DM im Landesjugendplan Nordrhein-Westfalen gekürzt